

## Rüstungsindustrie Zweite Chance für „Eurofighter“?

Beim Verkauf von Kampfflugzeugen nach Indien erhält der vom europäischen Airbus-Konzern gebaute „Eurofighter“ womöglich eine zweite Chance. Die indische Regierung hat Ende Juli den geplanten Erwerb von 126 „Rafale“-Kampffjets des französischen Herstellers Dassault überraschend gestoppt. Ob davon auch die 36 bereits im April fest bestellten Jets betroffen sind, ist unklar. Als Begründung hieß es bislang nur: Indien werde künftig Rüstungsaufträge nur noch von Regierung zu Regierung ausschreiben. Insider rechnen damit, dass der gesamte Vertrag im Wert von rund zwölf Milliarden Dollar neu ausgeschrieben wird. Vor gut drei Jahren

war Dassault zunächst als Sieger aus dem Bieterstreit um die Neubewaffnung der indischen Luftwaffe hervorgegangen. Das Angebot war deutlich günstiger als der „Eurofighter“. Trotzdem hatte sich Airbus immer wieder Hoffnungen gemacht. Erst im Frühjahr hatte sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bei einem Besuch in Indien noch einmal für den Airbus-Jet starkgemacht. Schon im Laufe der Vergabe hatte das Ministerium massive Lobbyarbeit für Airbus geleistet. Die Luftwaffe stellte im Frühjahr 2010 mehrfach eigene „Eurofighter“ und Personal für die Erprobung in Indien ab. Airbus reagiert auf den indischen Auftragsstopp zurückhaltend. In Toulouse heißt es, man werde jetzt erst mal schauen, ob es tatsächlich eine neue Ausschreibung gebe. js, ww



„Eurofighter“ bei Flugschau



Flüchtlinge, Ausbilder in Lernwerkstatt

## Zuwanderung Asylbewerber als Leiharbeiter

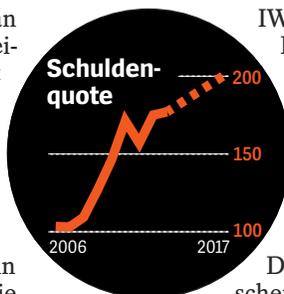
Die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), fordert, dass Asylbewerber künftig bereits nach 15 Monaten auch Jobs in der Leiharbeit annehmen dürfen. „Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber ist nicht mehr zeitgemäß“, sagt Özoguz. Asylbewerber und Geduldete dürften zwar inzwischen nach drei Monaten arbeiten, in den ersten vier Jahren gelte aber weiterhin das Leiharbeitsverbot. Die lange Sperre sei „praxis-

fremd“ und konterkariere die Bemühungen einer raschen Integration in den Arbeitsmarkt, die gerade durch Leiharbeit möglich wäre. „Ich fände es daher sinnvoll, wenn das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete spätestens nach 15 Monaten Aufenthalt aufgehoben wird, zeitgleich mit dem Wegfall der Vorrangprüfung“, so die Flüchtlingsbeauftragte. Bei aller Kritik an der Leiharbeit falle mittlerweile zudem ein weiterer Vorbehalt weg: „In der Branche gilt der Mindestlohn, die Sorge vor Lohn Dumping ist also unbegründet“, sagt Özoguz. mad

## Die Samstagsfrage

### Steigt der IWF bei der Griechenlandrettung aus?

Der Internationale Währungsfonds wird sich nicht an einem dritten Hilfsprogramm für Griechenland beteiligen, solange die Europäer keinem Schuldenschnitt zustimmen. Zugleich lehnt etwa Deutschland einen solchen Schritt kategorisch ab. Unklar ist, ob es am Ende einen Formelkompromiss geben wird, bei dem beide Seiten ihr Gesicht wahren können. Der IWF sieht die Grenzen der Belastbarkeit des Krisenlandes erreicht. „Unsere Analysen zeigen, dass die Schulden untragbar sind“, sagt IWF-Chefin Christine Lagarde. Ihre Experten erwarten, dass die Athener Schuldenlast in den nächsten beiden Jahren auf fast 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen wird. Weil auch mittelfristig keine durchgreifende Besserung in Sicht ist, sieht Lagarde keine Chance, dass der IWF-Verwaltungsrat aktuell neue Kredite an Griechenland bewilligen würde. Die Schuld an der Misere sieht der IWF bei der griechischen Regierung und ihrer mangelnden Reformbereitschaft. Der ökonomische Niedergang Griechenlands hat die Lage in den letzten Monaten noch verschärft. Deshalb besteht der



IWF darauf, dass die Europäer den Griechen massive Erleichterungen bei der Rückzahlung der Kredite gewähren. Erst dann will der Währungsfonds wieder mitmachen und weitere Gelder bewilligen. Dazu wird es frühestens im Herbst kommen, wenn ein drittes Rettungsprogramm unterzeichnet wird – und wenn die griechische Regierung bis dahin die geforderten Reformen im Parlament durchgesetzt hat.

Da die Euroländer einen realen Schuldenschnitt scheuen, rechnet ihnen der IWF in einer aktuellen Schuldentragfähigkeitsanalyse vor, dass sie alternativ für 30 Jahre auf eine Rückzahlung der alten und der neuen griechischen Schulden verzichten könnten. Darin läge auch eine Kompromisslinie. Während der IWF von den Europäern einen Schuldenerlass fordert, besteht er selbst allerdings darauf, dass Griechenland die ausstehenden IWF-Kredite in Höhe von 19,5 Milliarden Euro pünktlich zurückzahlt. Deren durchschnittliche Laufzeit liegt bei 5,9 Jahren. pau